

II-6768 - II-6780 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3396 N-3408/J A N F R A G E

1989 -03- 07

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Mag. Haupt
an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst *)
betreffend Beschäftigung von Behinderten in Telefonzentralen
im Ressortbereich

Bekanntlich erfüllt der Bund die vom Behinderteneinstellungs-
gesetz vorgeschriebene Beschäftigung von Behinderten
nicht im erforderlichen Ausmaß und zahlt daher auch die
sogenannte Ausgleichstaxe. Eine Möglichkeit, wo Behinderte
ohne größere Adaptierungen des Arbeitsplatzes beschäftigt
werden könnten, sind die Telefonzentralen in den Bundes-
gebäuden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst die

A n f r a g e :

1. Über wieviele Telefonzentralen verfügt Ihr Ministerium
(Zentralstellen sowie nachgeordnete Dienststellen)?
2. Wieviele Personen sind in diesen Telefonzentralen
beschäftigt?
3. Bei wievielen der Beschäftigten handelt es sich um
begünstigte Behinderte nach dem Behinderteneinstellungs-
gesetz?
4. Werden jene Dienstposten in Telefonzentralen, die derzeit
nicht mit Behinderten besetzt sind, aus technischen
Gründen nicht mit solchen besetzt?
5. Wenn ja, welche Kosten würden aus einer behindertengerech-
ten Adaptierung entstehen?
6. Aus welchen anderen Gründen werden derzeit Dienstposten
in Telefonzentralen nicht mit Behinderten besetzt?

*) erging auch an alle anderen Mitglieder der Bundesregierung mit Ausnahme des Bundes-
kanzlers und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, an die gleichlautende
Fragen bereits am 6. März 1989 gestellt wurden

Von der Vervielfältigung und Verteilung dieser - inhaltlich identischen - Anfragen
wurde im Sinne des § 23 Abs. 2 GO Abstand genommen.